

**B e r i c h t**

über die 18. Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 11. und 12. April 1989 in Berlin

---

1. Die Tagung diente dem Meinungsaustausch zur weiteren Verwirklichung des gemeinsamen Friedens- und Abrüstungsprogrammes, insbesondere in Europa, sowie zu Fragen der Zusammenarbeit im Bündnis.

Auf der Tagung wurden angenommen:

- Erklärung zu taktischen Kernwaffen
- Appell aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges
- Kommuniqué

(ND vom 13. April 1989).

2. Die Außenminister wurden am 12. April 1989 vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen.

(Vermerk - Anlage a)

3. Es fand ein informelles Treffen der Außenminister statt:

(Vermerk - Anlage b)

4. Alle Außenminister äußerten sich beeindruckt und zufrieden über das Gespräch mit Genossen Erich Honecker. Er habe es verstanden, mit wenigen Worten eine klare Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage zu geben und die notwendigen Schwerpunkte zu setzen.

Seine Orientierung, den Kampf gegen die Modernisierung der verschiedenen Waffensysteme, insbesondere der Nuklearwaffen, ins Zentrum der Anstrengungen zur Fortführung des Abrüstungsprozesses zu rücken, finde die völlige Zustimmung.

Sehr aufrichtig seien die Darlegungen des Genossen Erich Honecker zu den Fragen der weiteren Entwicklung des Sozialismus empfunden worden. Anhand konkreter Beispiele des sozialistischen Aufbaus in der DDR habe er Lebenskraft und Schöpferum Überzeugend dargelegt und jeglichem Gerede von einem angeblichen Bankrott der Ideen des Marxismus-Leninismus eine Abfuhr erteilt. Von den Außenministern der BRD und der CSSR wurde vor allem die hohe Sachkenntnis unterstrichen, mit der über den Stand und die Probleme des sozialistischen Aufbaus in der DDR informiert wurde. Besondere Wertschätzung fanden bei allen Außenministern die konkreten bisher unveröffentlichten Informationen über die Ergebnisse der Volkswirtschaft, der Entwicklung der sozialistischen Demokratie bis hin zur theoretischen Vorbereitung des XII. Parteitag der SED.

5. Bei der Einschätzung der internationalen Lage stimmten die Teilnehmer der Tagung überein, daß die Wende von der Konfrontation zur Entspannung eingeleitet werden konnte. Unterschiede zeigten sich bei der Bewertung der Entwicklung in Europa, insbesondere der Ergebnisse des Wiener Folgetreffens.

Die DDR, die SRR und - weniger deutlich - die CSSR hoben außer den positiven Tendenzen auch die Aktivierung entspannungsfeindlicher Kräfte in der NATO hervor. Die anderen Bruderländer charakterisierten die Ergebnisse des Wiener Folgetreffens als bahnbrechenden Erfolg der sozialistischen Staaten, der eine neue Phase in der europäischen Entwicklung eingeleitet habe. Die UdSSR (Rede - Anlage c) schätzte ein, daß die Ergebnisse des Wiener Treffens in den nächsten zwei bis drei Jahren eine grundlegende Umgestaltung der Lage in Europa ermöglichen würden. Strategisches Ziel sei vor allem die praktische Integration beider Teile Europas. Dem Mißschießen der Abrüstungsprozeß, die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen RGW und EG sowie ihren Mitgliedsländern und die Überwindung der "verwundbaren Situation der sozialistischen Staaten auf dem Gebiet der Menschenrechte" dienen.

Das Auftreten der UVR und der VRP verdeutlichte, daß sie zu einem noch weitgehenderen Eingehen auf westliche Forderungen im KSZE-Prozeß bereit sind. Die VRP kennzeichnete das Wiener Dokument und seine Verwirklichung als Garant für die Unumkehrbarkeit des inneren Reformprozesses. Nach Auffassung der UVR kommt der Verwirklichung der Festlegungen des Wiener Dokuments im humanitären Bereich für die Weiterführung des Entspannungsprozesses entscheidende Bedeutung zu. Sie versuchte, die Verbündeten auf die Übernahme noch weitergehender Verpflichtungen auf diesem Gebiet festzulegen.

6. Alle Außenminister traten für aktive Schritte der Bruderländer ein, um keinen Stillstand im Abrüstungsbereich zuzulassen. Als vorrangig wurde die Verhinderung einer neuen Runde qualitativen Wettrüstens bezeichnet.

Die UdSSR schlug vor, der NATO aus Anlaß ihres 40. Jahrestages einen Appell des Warschauer Vertrages zu übermitteln. Damit soll noch vor dem NATO-Gipfeltreffen Ende Mai ein Schritt unternommen werden, der die realistischen Kräfte stärken und insbesondere auf die Modernisierungsentscheidung Einfluß nehmen soll. Diesem Vorschlag stimmten die DDR, die CSSR, die VRP und die VRP zu; die SRR und die UVR nahmen dazu nicht Stellung. Von der UdSSR wird ein Entwurf vorbereitet und zur Abstimmung eingeladen.

Übereinstimmend wurde eingeschätzt, daß mit den einseitigen Reduzierungsmaßnahmen der Bruderländer ein günstiger Einstieg in die Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung und weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen erreicht wurde.

Ungeachtet erheblicher Positionsunterschiede zur NATO müsse alles getan werden, um unter Ausnutzung bestehender Anknüpfungspunkte auf einen ergebnisorientierten Verhandlungsverlauf zu drängen. Um den Schwerpunkten des Verhandlungskonzepts des Warschauer Vertrages Nachdruck zu verleihen und unrealistische Positionen der NATO zurückzudrängen, sind zu den in den Verhandlungen anstehenden Fragen (vor allem konkrete Vorschläge für Obergrenzen bei Waffen und Personal; Bestimmung der Parameter für regionale Untergliederungen) die gemeinsamen Positionen schnellstens zu erarbeiten und in Wien einzubringen.

7. Die Teilnehmer der Beratung kamen überein, nunmehr parallel zur konventionellen Abrüstung ihre Initiativen im Bereich der taktischen Kernwaffen und der Seestreitkräfte zu verstärken. Es wurde vereinbart, das Verhandlungskonzept für taktische Kernwaffen in Europa weiter auszuarbeiten und in nächster Zeit auch ein Verhandlungsangebot über die Seestreitkräfte zu entwickeln.
- Die UVR forderte auch bei den taktischen Kernwaffen einseitige Schritte der Warschauer Vertragsstaaten. Die SRR versuchte, ein Junktim zwischen den Verhandlungen zur atomaren, chemischen und konventionellen Abrüstung herzustellen.
8. Von den Teilnehmern wurde eingeschätzt, daß die Berliner Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses zur Militärdoktrin zunehmend praktische Wirkungen zeitigt. Sie kamen überein, die inhaltliche Arbeit zu dieser Problematik in Vorbereitung auf die bevorstehende Erörterung bei den Wiener Verhandlungen zu verstärken und den bi- und multilateralen Dialog zwischen Politikern, Militärs und Wissenschaftlern zu intensivieren.
9. Hinsichtlich der Weiterführung des KSZE-Prozesses sprachen sich alle Teilnehmer dafür aus, die Abstimmung sowohl hinsichtlich der Realisierung des Wiener Dokuments als auch der darin vereinbarten Folgeveranstaltungen zu verstärken. Zugleich wurden die Unterschiede im Herangehen deutlich: Die UVR, VRP, die UdSSR und die VRB orientierten vor allem auf die Umsetzung der Festlegungen im humanitären Bereich durch einseitige Maßnahmen, da sie von einem "Nachholbedarf" der sozialistischen Staaten ausgehen. Hinsichtlich der bevorstehenden Folgetreffen werden auf dieser Grundlage neue, weitergehende Vereinbarungen befürwortet.

- 138 -

Die DDR, die SRR und die CSSR traten für die Verwirklichung des in Wien Vereinbarten im Rahmen der nationalen Gesetzgebung ein. Die SRR erklärte, sie werde jene Bestimmungen des Wiener Dokuments, zu denen sie Vorbehalte erklärt habe, nicht verwirklichen.

Alle Teilnehmer sprachen sich für ein sachliches und konstruktives Vorgehen bei den KSZE-Folgeveranstaltungen aus, wobei sie - außer der UVR und der VRP - zugleich entsprechend den eigenen Interessen gegenüber den westlichen Staaten Forderungen erheben werden.

Die SRR forderte die strikte kollektive Zurückweisung aller Einmischungsversuche und wandte sich gegen jegliche weiterführende Vereinbarungen in den bevorstehenden KSZE-Veranstaltungen.

Die Teilnehmer sprachen sich für aktive Bemühungen zur Intensivierung der Ost-West-Wirtschaftskooperation unter Nutzung des KSZE-Prozesses aus. Die VRB schlug vor, einen Appell des Politischen Beratenden Ausschusses zu diesen Fragen vorzubereiten.

10. Die Außenminister kamen Überein, den Appell aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges aktiv für das Zusammenführen aller Kräfte der Vernunft und des Realismus zu nutzen. Besonders von der DDR, der VRP und CSSR wurde auf das Anwachsendes Neofaschismus in der BRD und in Berlin (West) hingewiesen.
- Die Außenminister vertraten die Auffassung, daß auf der Grundlage des gemeinsamen Dokuments in den Bruderstaaten weitere Maßnahmen eingeleitet werden sollten.

11. Von allen Außenministern wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, den Mechanismus der Zusammenarbeit des Warschauer Vertrages zu effektivieren.
- Zugleich wurden Unzufriedenheit über den Stand der Vorbereitung der von der Warschauer PBA-Tagung vorgesehenen gemeinsamen Tagung des Komitees der Außenminister und des Komitees der Verteidigungsminister zu Fragen der Vervollkommnung des Mechanismus der Zusammenarbeit geäußert und die entsprechende Expertengruppe beauftragt, ihre Arbeit zu intensivieren.

(Das setzt entsprechende konstruktive Instruktionen für alle Delegationen voraus; bisher fehlen diese)

Alle Teilnehmer (außer SRR) sprachen sich für die Vervollkommnung des Mechanismus auf der Grundlage des Warschauer Vertrages von 1955 und die Schaffung eines Ständigen politischen Arbeitsorgans aus.

Die SRR mahnte erneut die schriftliche Beantwortung des Schreibens von Genossen Ceausescu zur Veränderung des Charakters des Bündnisses an.

12. Die SRR informierte über die Absicht, in den Mittelpunkt der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (7. und 8. Juli) Fragen des internationalen Kräfteverhältnisses und der Stärkung des Sozialismus, Fragen des Kampfes gegen die Modernisierung der Kernwaffen sowie des vollständigen Verzichts auf nukleare, chemische und andere Massenvernichtungswaffen und der radikalen Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen zu stellen. Es sollte eine umfassende Erklärung zu Fragen der Abrüstung und ein Kommuniqué verabschiedet werden.

13. Die Abstimmung der Dokumente wurde erheblich durch die Differenzen zwischen der UVR und der SRR belastet. Während langwieriger Diskussionen konnte erreicht werden, daß beide Delegationen zustimmten, diese Differenzen aus den zu veröffentlichenden Dokumenten herauszuhalten. Sie führten aber dazu, daß das interne Protokoll (Maßnahmen bis zur nächsten Tagung des Außenministerkomitees im Oktober/November 1989) nicht unterzeichnet werden konnte.
14. Die Rede des Außenministers der DDR (Anlage D) wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen und von den Delegationen als inhaltsreicher, auf die Schwerpunkte des außenpolitischen Vorgehens unseres Bündnisses orientierter Beitrag gewertet. In Gesprächen wurde von Vertretern der CSSR und der VRB hinsichtlich der Unterschiede in der Lagebewertung hingewiesen, daß man gegenwärtig aus taktischen Überlegungen die negativen Aspekte nicht so stark betone.

Die Außenminister der Bruderländer haben, der Partei- und Staatsführung der DDR ihren Dank für die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen, die konstruktive Arbeitsatmosphäre und die erwiesene Gastfreundschaft zu übermitteln.